

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung  
und Umweltfragen

**Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)**  
**Landkreis Günzburg**

6. Teilgenehmigung zur Errichtung der Anlage

3. Januar 1983

Bayerisches Staatsministerium  
für Landesentwicklung und Umweltfragen

6. Teilgenehmigungsbescheid nach § 7 Atomgesetz (AtG)

zur Errichtung des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

## Inhaltsverzeichnis

Tenor	Seite
I. Antragsteller und Gegenstand der Genehmigung	2
II. Genehmigungsunterlagen	3
III. Allgemeine Auflagen zu Auslegung, Ausführung und Einbau von Anlagenteilen	6
IV. Besondere Auflagen und Hinweise	6
V. Verantwortliche Personen	8
VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	9
VII. Anzeigen und Vorbehalte	9
VIII. Kosten	9
IX. Sofortige Vollziehung	10

Begründung	Seite
A. Sachverhalt	11
1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das Kernkraftwerk Gundremmingen II	11
2. Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach Erteilung des 5. Teilgenehmigungsbescheids	11
B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung	12
1. Rechtsgrundlage der Genehmigung	12
2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen	13
3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 AtG	14
3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen	14
3.2 Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb	14
3.3 Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen	16
3.4 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter	16
3.5 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens	16



	Seite
4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG	17
5. Vorläufiges positives Gesamturteil	19
6. Beachtung sonstiger öffentlich- rechtlicher Vorschriften	19
C. Kostenentscheidung	20
D. Anordnung der sofortigen Vollziehung	20
Rechtsbehelfsbelehrung	28

Bayerisches Staatsministerium  
für Landesentwicklung und Umweltfragen

München, 3.1.1983

An die

1. Rheinisch-Westfälisches  
Elektrizitätswerk AG  
Kruppstraße 5  
4300 Essen 1
2. Bayernwerk AG  
Blutenburgstraße 6  
8000 München 19
3. Kraftwerk Union AG  
Hammerbacherstraße 12 + 14  
8520 Erlangen
4. Hochtief AG  
Bockenheimer Landstraße 24  
6000 Frankfurt 1
5. Kernkraftwerk Gundremmingen  
Verwaltungsgesellschaft mbH  
8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erläßt im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für Wirtschaft und Verkehr folgenden

6. Teilgenehmigungsbescheid nach § 7 Atomgesetz (AtG)  
zur Errichtung des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

I.

I. Antragsteller und Gegenstand der Genehmigung

1. Den Antragstellern

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen,  
Bayernwerk AG, München,  
Kraftwerk Union AG, Erlangen,  
Hochtief AG, Frankfurt, und  
Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungs-  
gesellschaft mbH, Gundremmingen

wird unter den in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen für folgende Anlagenteile beider Blöcke des Kernkraftwerks Gundremmingen II die Genehmigung zur Errichtung erteilt:

- 1.1 Die Reaktordruckbehältereinbauten Kerngerüst, Steuerstabführungsrohre, Gehäuserohre für Instrumentierung, Speisewasserverteiler, Dampfabscheider und Dampftrockner YE
- 1.2 die Steuerstäbe YS
- 1.3 die Dekontaminationsanlage für Brennelementtransportbehälter PU 80
- 1.4 die Gehänge PM 10, PM 11, PM 12 für P- und Y-Komponenten
- 1.5 die Rückschlagklappen des Druckabbausystems XK
- 1.6 das Leckageerkennungssystem XM
- 1.7 das Körperschallüberwachungssystem YG
- 1.8 die Störfallinstrumentierung
- 1.9 die Zentrale Gasversorgung TP

I./II.

2. Die Genehmigung berechtigt nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen oder sonstigen radioaktiven Stoffen.

3. Die Erteilung des vorliegenden Genehmigungsbescheids begründet keinen Anspruch auf eine weitere atomrechtliche Genehmigung.

II. Genehmigungsunterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

1. Der Sicherheitsbericht "Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB II) Gundremmingen, Doppelblockanlage mit Siedewasserreaktor, therm. Leistung 2 x 3840 MW", Ausgabe März 1974,
2. die Unterlagen der Kraftwerk Union AG "Änderungen der Anlage KRB II gegenüber dem Planungsstand März 1974 aufgrund der Begutachtung durch den TÜV Bayern" vom 10.11.1975,
3. das "Gutachten über die Sicherheit des 2600-MWe-Kernkraftwerkes Gundremmingen (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Errichtungsgutachten -", erstattet im Auftrag des StMLU vom Technischen Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) vom 6.3.1975 nebst dem Ergänzungsgutachten hierzu vom 21.11.1975, im folgenden "Errichtungsgutachten" genannt,



II.

4. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 30.11.1982, im folgenden "Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung" genannt.

Soweit die Beschreibung der Auslegung des Kernkraftwerks im Errichtungsgutachten oder der Anlagenteile im Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung von den unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Unterlagen abweicht, liegt dieser Genehmigung der in den vorstehenden Gutachten beschriebene Sachverhalt zugrunde; im übrigen gelten die jeweils neuesten Unterlagen.

5. die Zeichnungen der Kraftwerk Union AG, soweit keine andere Firma angegeben:

Reaktordruckbehältereinbauten YE  
Oberes Kerngitter  
Zchnng. der Fa. Phönix Edelstahl Nr. T-An-7145m  
Unteres Kerngitter  
Zchnng. der Fa. Phönix Edelstahl Nr. T-An-7146k  
Steuerelementführungen  
Zchnng. der Fa. Sulzer Nr. 0-103.060.430a  
Kernfluß- und Druckdifferenzmessung  
Zchnng. der Fa. Phönix Edelstahl Nr. T-An-7147f  
Speisewasserverteiler  
Zchnng. der Fa. VEW Nr. T An 7143e  
Dampfabscheider  
Zchnng. der Fa. Phönix Edelstahl Nr. T-An 7141j  
Dampftrockner  
Zchnng. der Fa. Steinmüller Nr. KCH 11 370 Ia

II.

Steuerstäbe YS  
Steuerelement Zchnng.-Nr. B 121E-00-19066e  
Dekontaminationsanlage für Brennelementtransportbehälter  
PU 80  
Dekontaminationsanlage für  
BE-Transportbehälter Zchnng.-Nr. 203-R353-0V-51136b  
Gehänge PM 10, PM 11, PM 12 für P- und Y-Komponenten  
Gehänge PM 10  
Zchnng. der Fa. Weserhütte Nr. S 1744g  
Gehänge PM 11  
Zchnng. der Fa. Weserhütte Nr. S 17672k  
Gehänge PM 12  
Zchnng. der Fa. Weserhütte Nr. S 16667d  
Rückschlagklappen des Druckabbausystems XK  
Rückschlagklappe  
Zchnng. der Fa. MAN Nr. B73.65610-2031c  
Zchnng. der Fa. MAN Nr. B73.65610-2036c  
Rückschlagventil  
Zchnng. der Fa. GESTRA Nr. 3/76979  
Leckageerkennungssystem XM  
Leckageerkennungssystem Zchnng.-Nr. R612-F-4V-59274  
Körperschallüberwachungssystem YG  
Körperschallüberwachungssystem  
Zchnng. der Allianz Zentrum für Technik Nr. ZD02-69-82-I  
Störfallinstrumentierung  
Störfallübersichtsinstrument. Zchnng.-Nr. R632-11-58224/2  
Weitbereichsinstrumentierung Zchnng.-Nr. R632-33-58225/2  
Detailinstrumentierung Zchnng.-Nr. R632-1V-59548  
Zentrale Gasversorgung TP  
Zentrale Gasversorgung Zchnng.-Nr. 203-V412E-1V-1630d  
Zchnng.-Nr. 203-V412E-2V-1631d



III./IV.

III. Allgemeine Auflagen zu Auslegung, Ausführung und Einbau von Anlagenteilen

1. Alle sicherheitstechnisch wichtigen apparativen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Anlagenteile, Einrichtungen und Systeme müssen den anerkannten Regeln von Wissenschaft und Technik entsprechend so ausgelegt und ausgeführt werden, daß bei der Errichtung und beim späteren Betrieb des Kernkraftwerks Einzelne und/oder die Allgemeinheit nicht gefährdet werden können. Sie müssen in Vorprüfungen, Werkstoff-, Bau-, Abnahme- und Funktionsprüfungen den Anforderungen genügen und in einwandfreiem baulichen Zustand gehalten werden.
2. Die in Abschnitt I aufgeführten apparativen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Anlagenteile und Einrichtungen oder Teile davon dürfen in die Anlage nur dann eingebaut werden, wenn ihre Vorprüfung oder eine entsprechende Prüfung und die Prüfungen im Herstellerwerk sowie die Beurteilung der Prüfpläne für die Bauprüfung (Montageprüfung) durch die vom StMLU bestimmten Sachverständigen abgeschlossen sind. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde (StMLU).

IV. Besondere Auflagen und Hinweise

Umgebungsüberwachung

1. Zur Beweissicherung ist die Radioaktivität in der Umgebung der Anlage gemäß dem Schreiben des StMLU vom 26.11.1982 Nr. 9209-745-35828 und dem damit übersandten Meßprogramm zu überwachen.

IV.

Entsorgungsvorsorge

2. Die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen sind im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren. Eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge ist dem StMLU unverzüglich mitzuteilen.
3. Es wird darauf hingewiesen, daß eine erste Betriebsgenehmigung erst erteilt werden kann, wenn die Entsorgung der Anlage entsprechend den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" über einen ausreichenden Betriebszeitraum sichergestellt ist.

Änderung von Auflagen des 1. Teilgenehmigungsbescheides

4. Die Auflagen 48 und 49 in Abschnitt VI des 1. Teilgenehmigungsbescheides des StMLU vom 16.7.1976 werden wie folgt geändert:

"48. Von den Mitteilungen, welche gemäß Art. 78 und 79 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25.03.57 (BGBl II S. 1014) sowie der Verordnung (EURATOM) Nr. 3227/76 vom 19.10.76 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 363 S. 1 vom 31.12.76) an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu richten sind, ist je ein Abdruck an den Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinemannstr. 2 - 12, 5300 Bonn 1, sowie an das StMLU zu richten.

Meldungen über Ein- und Ausfuhr von Ausgangsmaterial und besonderem spaltbarem Material gemäß Art. 79 Abs. 1 EURATOM-Vertrag in Verbindung mit Art. 24 bis 28 der Verordnung (EURATOM) Nr. 3227/76 vom 19.10.76 sind außerdem in doppelter Ausfertigung an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurter Str. 29 - 31, 6236 Eschborn/Ts. 1, zu richten.

IV./V.

49. Es ist ein Bericht über die geplante Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art unter Beachtung der Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 03.02.1982 betreffend die Anwendung des Artl 37 des Euratomvertrags (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 29.03.1982, Nr. L83 S.15) zu erstellen. Der Bericht ist spätestens 6 Monate vor Inbetriebnahme des Kernkraftwerks dem Bundesminister des Innern in 4facher, dem StMLU in 2facher Fertigung zu übersenden."

V. Verantwortliche Personen

1. Verantwortliche Personen für die Errichtung der mit diesem Bescheid genehmigten Anlagenteile des Kernkraftwerks im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG sind:
  - 1.1 Von der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG die Herren Dr. Eitz, Dr. Langeneke und Haußmann,
  - 1.2 von der Bayernwerk AG die Herren Dr. Knoerzer und Gaßner,
  - 1.3 von der Kraftwerk Union AG die Herren Mattern und Kuhne,
  - 1.4 von der Hochtief AG die Herren Hentze und Müller-Run.
2. Für die Sicherung der Baustelle sowie die örtliche Durchführung und Überwachung aller Objektsicherungsmaßnahmen im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 5 Atomgesetz ist die im Schreiben der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk II GbR vom 3.5.1979 für das KRB II benannte Person als Sicherungsbeauftragter zuständig.

V./VI./VII./VIII.

3. Ein Wechsel der in Nr. 1 und Nr. 2 genannten Personen ist dem StMLU als Aufsichtsbehörde unter Vorlage der zur Überprüfung der Zuverlässigkeit und Fachkunde der neu zu bestellenden Personen notwendigen Nachweise unverzüglich anzuzeigen; er bedarf der Zustimmung des StMLU als Aufsichtsbehörde.

VI. Sonstige Öffentlich-rechtliche Vorschriften

1. Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens auf Grund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind. Diese Entscheidungen sind dem StMLU jeweils unverzüglich vorzulegen.
2. Nebenbestimmungen, die sich über die Festlegungen des vorliegenden Genehmigungsbescheids hinaus aus den auf Grund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens erforderlichen Entscheidungen anderer Behörden ergeben, bleiben unberührt.

VII. Anzeigen und Vorbehalte

Die Festlegungen über Anzeigen und Vorbehalte in den Abschnitten IX. und X. des 1. Teilgenehmigungsbescheids vom 16.7.1976 gelten auch für diesen Bescheid.

VIII. Kosten

1. Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.
2. Die Gebühr für diese Genehmigung wird abschlagsweise auf 325 000,-- DM (in Worten: dreihundertfünfundzwanzigtau-



VIII./IX.

send Deutsche Mark) festgesetzt. Die Gebührenfestsetzung für die Gesamtentscheidung über den Antrag auf Errichtung und Betrieb des KRB II bleibt einer späteren Kostenentscheidung vorbehalten.

3. Auslagen werden gesondert erhoben.

IX. Sofortige Vollziehung

Dieser Genehmigungsbescheid wird für sofort vollziehbar erklärt.

Begründung

A. Sachverhalt

1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das Kernkraftwerk Gundremmingen II

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) AG, die Bayernwerk AG (BAG), die Kraftwerk Union AG, die Hochtief AG und die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH beabsichtigen, in Gundremmingen, Landkreis Günzburg, ein Kernkraftwerk als Doppelblockanlage mit Siedewasserreaktoren der Baulinie 72 der Kraftwerk Union AG von 3840 Megawatt (MW) thermischer Leistung (1244 MW elektrischer Nettoleistung) je Block zu errichten. Mit dem 1. Teilgenehmigungsbescheid des StMLU vom 16.7.1976 Nr. 6341a9-VI/2, VII/2-23217, dem 2. Teilgenehmigungsbescheid vom 22.12.1977 Nr. 9209-VI/2-46716, dem 3. Teilgenehmigungsbescheid vom 30.1.1980 Nr. 9209-VI/2-4149, dem 4. Teilgenehmigungsbescheid vom 10.2.1981 Nr. 9209-VI/6-3572 und dem 5. Teilgenehmigungsbescheid vom 2.11.1981 Nr. 9209-72-47731 wurde die Errichtung bestimmter Anlagenteile der Doppelblockanlage genehmigt.

Bezüglich der Beschreibung des Kernkraftwerks und des Inhalts der o.g. Genehmigungen im einzelnen sowie des durchgeführten Genehmigungsverfahrens wird auf die o.a. Genehmigungsbescheide verwiesen.

2. Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach Erteilung des 5. Teilgenehmigungsbescheids

Die Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB) II GbR hat mit Schreiben vom 28.6.1982 für die in Abschnitt I.1 genannten Antragsteller die Genehmigung zur Errichtung weiterer Anlagenteile des Kernkraftwerks Gundremmingen II beantragt. Die beantragten Anlagenteile (Systeme und sonstige anlagentechnische Einrichtungen) sind im einzelnen in Abschnitt I aufgeführt.

Im Rahmen des projektbegleitenden Gesamtauftrags hat sich der TÜV Bayern hierzu gutachtlich geäußert.

#### B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung

Diese Teilgenehmigung kann mit den in diesem Bescheid festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden, weil

- die verfahrensmäßigen Voraussetzungen des AtG und der AtVfV und die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 AtG erfüllt sind,
- im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG keine Gründe ersichtlich sind, die der beantragten Genehmigung entgegenstehen,
- eine vorläufige Prüfung ergeben hat, daß die Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb der gesamten Anlage vorliegen werden (§ 18 Abs. 2 AtVfV) und
- die übrigen Öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind (§ 14 AtVfV).

Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

##### 1. Rechtsgrundlage der Genehmigung

Für die Errichtung der in Abschnitt I.1 aufgeführten Anlagenteile des Kernkraftwerks Gundremmingen II ist eine

Genehmigung nach § 7 AtG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.10.1976 (BGBl I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.8.1980 (BGBl I S. 1556), erforderlich. Die Genehmigung ist allen Errichtern (Inhabern) der Anlage im Sinne von § 7 Abs. 1 AtG zu erteilen, nämlich der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, der Bayernwerk AG, der Kraftwerk Union AG, der Hoch-tief AG und der Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH.

Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Wirtschaft und Verkehr (vgl. § 24 Abs. 2 Satz 1 AtG i.V. mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) vom 3.5.1977 (GVBl S. 160)).

##### 2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen

Die Verfahrensvorschriften des AtG und der AtVfV in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.03.1982 (BGBl I S.411) sind beachtet.

Das Vorhaben der Errichtung und des Betriebs des KRB II ist durch Bekanntmachung des StMLU vom 27.12.1974 umfassend der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die vorgeschriebenen Fristen für die Auslegung der Unterlagen und die Abhaltung des Erörterungstermins wurden eingehalten. Für die Einzelheiten wird auf die ausführliche Darstellung in der 1. Teilgenehmigung vom 16.07.1976 verwiesen.

Vor Erteilung der 6. Teilgenehmigung war keine zusätzliche Bekanntmachung und Auslegung erforderlich (§ 4 Abs.1



Satz 2 AtVfV). Die bisherigen, auf Grund der 1., 2., 3., 4. und 5. Teilgenehmigung durchgeführten Maßnahmen sind ordnungsgemäß und entsprechend den Auflagen in diesen Teilgenehmigungsbescheiden abgewickelt worden. Änderungen, die nachteilige Auswirkungen für Dritte aufgrund zusätzlicher oder anderer Umstände besorgen ließen, die in einem Sicherheitsbericht darzulegen wären (s. § 4 Abs. 2 AtVfV), sind nicht vorgenommen worden und auch nicht vorgesehen. Sonstige, im Zuge der Anlagenerrichtung erforderliche Änderungen wurden vom TÜV Bayern geprüft und positiv bewertet.

### 3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 AtG

3.1 Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragsteller und der von ihnen für die Errichtung benannten verantwortlichen Personen (s. Abschnitt V) ergeben (s. § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG). Das von den Antragstellern für die Errichtung vorgesehene "Schlüssel"-Personal ist einer vorbeugenden Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden. Die verantwortlichen Personen besitzen nach Vorbildung und bisheriger beruflicher Tätigkeit die erforderliche Fachkunde.

3.2 Die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb des Kernkraftwerks ist bei Einhaltung der Auflagen des vorliegenden Genehmigungsbescheids und der bisher erteilten Teilgenehmigungsbescheide getroffen (s. § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG):

Die in § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG geforderte Schadensvorsorge ist gewährleistet durch die hohen Anforderungen an die Auslegung und Qualität der in Abschnitt I genehmigten Anlagenteile und die in den Genehmigungsunterlagen (Abschnitt II) vorgesehenen Schutzmaßnahmen. Dadurch wird sichergestellt, daß durch die Errichtung und den späteren

den Betrieb der Anlage eine Gefahr für Leben, Gesundheit und Sachgüter einzelner Personen und/oder der Allgemeinheit nicht zu befürchten ist.

Die Erfüllung der erforderlichen Schadensvorsorge wurde durch die nachfolgenden gutachtlichen Äußerungen bestätigt.

3.2.1 Der TÜV Bayern, der als Sachverständiger der Genehmigungsbehörde gemäß § 20 AtG mit der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage beauftragt ist, hat sich bereits in seinem Errichtungsgutachten (s. Abschnitt II.3) und in seinen Teilerrichtungsgutachten für die 2., 3., 4. und 5. Teilgenehmigung mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der Anlage ergeben; hierbei hat er keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Der TÜV Bayern hat sich in Fortsetzung der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage in seinem Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung (s. Abschn. II.4) auftragsgemäß mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der in Abschnitt I.1.1 bis I.1.9 aufgeführten Systeme bzw. sonstigen anlagentechnischen Einrichtungen ergeben.

Der TÜV Bayern kommt in seinem Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung zu dem Ergebnis, daß aufgrund der durchgeführten Untersuchungen gegen die Errichtung der darin behandelten Systeme und Anlagenteile keine sicherheitstechnischen Einwände bestehen.

Die im Teilerrichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung enthaltene Gutachtensbedingung des TÜV Bayern wurde im vorliegenden Genehmigungsbescheid in Form einer Auflage (Abschn. III.2) berücksichtigt.



- 3.2.2 Die im Schreiben des Bundesministers des Innern vom 29.12.1975 zur Errichtung der Anlage erhobenen sicherheitstechnischen Forderungen sind, soweit sie für den vorliegenden Genehmigungsbescheid erheblich sind, erfüllt.
- 3.3 Eine Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG ist für die 6. Teilgenehmigung noch nicht erforderlich. Da die 6. Teilgenehmigung nicht zum Betrieb der Reaktoren und auch nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen berechtigt (s. Abschn. 1.2), kann ein Risiko durch ein nukleares Ereignis oder durch ionisierende Strahlung, wie es die Deckungsvorsorgeverpflichtung voraussetzt, nicht entstehen.
- 3.4 Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter auf die Anlage während der Errichtung (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 AtG) ist durch die in Abschnitt VI.20 bis 22 des 1. Teilgenehmigungsbescheids, in Abschnitt IV.5 des 2. Teilgenehmigungsbescheids, in Abschnitt IV.4 des 3. Teilgenehmigungsbescheids und in Abschnitt IV.2 des 4. Teilgenehmigungsbescheids angeordneten Maßnahmen baulich-technischer und administrativ-organisatorischer Art gewährleistet. Das gesamte Kraftwerksgelände ist eingezäunt und kann nur über kontrollierte Zugänge betreten und verlassen werden. Die Anlage wird durch einen leistungsstarken, bewaffneten Werksschutz gegen unbefugtes Betreten Tag und Nacht bewacht.
- 3.5 Die Frage, ob Überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens der Wahl des Standorts des Kernkraftwerks entgegenstehen (s. § 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG), wurde bereits bei der Erteilung der 1. Teilgenehmigung eingehend geprüft und verneint.

#### 4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG

Auf die Erteilung einer atomrechtlichen Teilgenehmigung nach § 7 AtG besteht zwar kein Rechtsanspruch.

Das StMLU konnte jedoch die 6. Teilgenehmigung erteilen, weil - abgesehen von der Erfüllung der Genehmigungsveraussetzungen - auch keine besonderen Umstände vorliegen, die es geboten erscheinen ließen, aus Gründen der in § 1 AtG normierten Schutzzwecke des AtG die Genehmigung zu versagen.

Bei der Ermessensentscheidung war außerdem zu berücksichtigen, daß durch die bisher erteilten Teilgenehmigungen ein erheblicher Vertrauensschutz für die Antragsteller geschaffen worden ist.

Insbesondere spricht auch die Notwendigkeit der Entsorgungsvorsorge im konkreten Fall nicht gegen die Erteilung der 6. Teilgenehmigung:

Nach § 9a Abs. 1 AtG besteht für denjenigen, der eine kerntechnische Anlage errichtet und betreibt, die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen (dazu gehören insbesondere die abgebrannten Brennelemente) oder ggf. für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen.

In Erfüllung dieser Verpflichtung haben die Antragsteller im Verlauf des bisherigen Genehmigungsverfahrens zur Errichtung der Anlage die beabsichtigten und getroffenen Vorkehrungen zur Entsorgung des KRB II zunehmend konkretisiert. Im einzelnen ist hierzu festzustellen:

Die vorgesehene Erhöhung der Kapazität der Brennelement-lagerbecken durch Einbau von Kompaktlagergestellen ermöglicht die Aufnahme der abgebrannten Brennelemente, die beim Betrieb in etwa 12 Jahren anfallen. Ausgehend



von den voraussichtlichen Inbetriebnahmetermen der beiden Kraftwerksblöcke besteht damit die Möglichkeit, die anfallenden Entladechargen mindestens bis Ende 1997 ohne weitere Entsorgung aufzunehmen. Hierbei ist bereits berücksichtigt, daß Lagermöglichkeiten für jeweils eine Vollaussladung des Reaktorkerns freigehalten werden.

Als weitere Entsorgungsvorsorge für die beiden Kraftwerksblöcke haben die Antragsteller bereits vor Erteilung der 3. Teilgenehmigung durch Abschluß von Verträgen mit dem französischen Unternehmen COGEMA die Abnahme von 160 t abgebrannten Brennelementen zur Wiederaufarbeitung vertraglich sichergestellt (s. Abschn. B.3.3 des 3. Teilgenehmigungsbescheids vom 30.1.1980). Durch die Übernahme einer zusätzlichen Wiederaufarbeitungsmenge von 40 t Kernbrennstoff hat sich das vertraglich vereinbarte Entsorgungsvolumen auf nunmehr insgesamt 200 t erhöht. In Verbindung mit der Nutzung der Kompaktlagerstelle wäre damit der Betrieb des Kraftwerks bis zum Jahre 2000 gewährleistet. Zu diesem Zeitpunkt sollen gemäß dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28.9.1979 die nach dem deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen oberirdischen Fabrikationsanlagen sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle zur Verfügung stehen.

Die von den Antragstellern eingeleiteten Vorkehrungen zur Entsorgungsvorsorge sowie die Planungen im Rahmen des Entsorgungskonzepts der Bundesrepublik Deutschland lassen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eine ausreichende Entsorgung des KRB II erwarten. Die dargelegten Entsorgungsmaßnahmen entsprechen den in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.2.1980 (BAnz. Nr. 58 vom 22.3.1980) niedergelegten Anforderungen.

Unbeschadet der bisher getroffenen Entsorgungsvorsorge werden weitere Teilgenehmigungen jedoch nur erteilt werden, wenn eine erneute Prüfung der Entsorgungssituation weiterhin ein positives Gesamtergebnis ermöglicht. Den Antragstellern wurde auferlegt, die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren und eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge dem StMLU unverzüglich mitzuteilen (s. Abschn. IV.2).

#### 5. Vorläufiges positives Gesamturteil

Bevor das KRB II seinen Betrieb aufnehmen kann, sind weitere atomrechtliche Teilgenehmigungen erforderlich. Eine vorläufige Prüfung hat ergeben, daß der Erteilung dieser künftigen Teilgenehmigungen nach der gegenwärtigen Sach- und Rechtslage keine von vorneherein unüberwindlichen rechtlichen und technischen Hindernisse entgegenstehen.

Auf der Grundlage der bisher erteilten Genehmigungen scheint es möglich, die bereits im 1. Teilgenehmigungsbescheid vom 16.07.1976 enthaltene Genehmigung der grundlegenden Auslegungsmerkmale des KRB II am genehmigten Standort weiterhin so zu konkretisieren, daß sie den Genehmigungsvoraussetzungen des AtG entsprechen werden. Dies wird insbesondere durch den bisherigen Ablauf des Genehmigungsverfahrens bestätigt.

#### 6. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

Die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG für die Errichtung des KRB II in Betracht kommenden sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften (s. Abschn. B.3 des 1. Teilgenehmigungsbescheids) sind weiterhin beachtet (s. § 14 AtVfV).



### C. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt VIII.1 beruht auf den Vorschriften des § 21 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und 3 AtG i.V. mit § 1, § 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a AtKostV vom 17.12.1981 (BGBl I S. 1457). Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 VwKostG vom 23.6.1970 (BGBl I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.1976 (BGBl I S. 3341), haben die Antragsteller die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die in Abschnitt VIII.2 festgesetzte Gebühr wird als Abschlag auf die endgültige Gebühr erhoben, die zwei vom Tausend der anrechnungsfähigen Errichtungskosten für die gesamte Anlage beträgt (§ 2 Nr. 1a, § 3 AtKostV). Die endgültige Festsetzung der Höhe der Gebührenschuld für die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II bleibt der abschließenden Entscheidung im Genehmigungsverfahren nach § 7 AtG vorbehalten.

Neben der Verwaltungsgebühr sind die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (§ 21 Abs. 1 AtG, § 10 VwKostG), insbesondere die Aufwendungen für die zugezogenen Sachverständigen, zu erstatten. Diese werden jeweils gesondert erhoben.

### D. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Bescheids gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.1.1960 (BGBl I S. 17) für beide Kraftwerksblöcke ist sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der beteiligten Energieversorgungsunternehmen RWE AG und BAG geboten.

1. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten ist die Inbetriebnahme von KRB II, Block B, im Dezember 1984 und von KRB II, Block C, im Oktober 1985 geplant. Diese Termine können nur dann gehalten werden, wenn die mit diesem Bescheid zu genehmigenden Arbeiten unmittelbar nach dessen

Erteilung in Angriff genommen werden können. Dies wäre ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Falle einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 1 VwGO) nicht möglich. Dadurch würde sich auch die noch zu genehmigende Betriebsaufnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke weiter verzögern. Aus folgenden Gründen wäre dies sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der Antragsteller RWE AG und BAG nicht vertretbar:

- 1.1 Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist darin begründet, daß

- 1.1.1 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II und die dadurch bewirkte Vergrößerung des Anteils der Kernenergie an der Energiebedarfsdeckung sowohl die Sicherheit der Energieversorgung im allgemeinen als auch der Stromversorgung im besonderen erhöht wird,

- 1.1.2 jede Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II zu beträchtlichen Mehrkosten führt, die eine gesamtwirtschaftlich nachteilige Erhöhung der Strompreise in den Versorgungsbereichen der antragstellenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach sich ziehen müßten und

- 1.1.3 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II die Umweltbelastungen bei der Stromerzeugung verringert werden.

Die Gründe 1.1.1 und 1.1.2 sind in den Begründungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung der vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheide (TGB), insbesondere des 5. TGB, bereits ausführlich dargelegt worden; die dortigen Ausführungen gelten im wesentlichen auch heute. Aus



heutiger Sicht sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Zu 1.1.1

Eine ausgewogene Struktur bei der Energieversorgung ist seit Jahren eines der wichtigsten gemeinsamen energiepolitischen Ziele aller von Energieimporten abhängigen Industrieländer. Um die derzeit noch zu hohe Abhängigkeit vom Erdöl weiter zu vermindern - trotz aller Einspar- und Substitutionsbemühungen betrug der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland 1981 rd. 45 % und in Bayern knapp 60 % -, kommen insbesondere Kernenergie, Kohle und Erdgas in Betracht. Die Bundesregierung hat in der Dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms vom 4.11.1981 deutlich darauf hingewiesen, daß verstärkte Beiträge von Kohle, Kernenergie und Erdgas zur Erhöhung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind (Tz. 30 - 32). Bis Mitte der 90er Jahre sollen Kohle, Öl und übrige Energieträger (Erdgas, regenerative Energiequellen und Kernenergie) zu jeweils rund einem Drittel zur Energiebedarfsdeckung beitragen (Tz. 20). Zur Erreichung dieses Ziels bezeichnet es die Bundesregierung u.a. als erforderlich, daß die Kernenergie einen weiter steigenden Beitrag zur Stromerzeugung in der Grundlast leistet (Tz. 79). Ein größerer Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung setzt insbesondere die zügige Fertigstellung im Bau befindlicher Kernkraftwerke, darunter auch des KRB II, voraus.

Darüber hinaus müssen jeden Tag, an dem das KRB II nicht in Betrieb ist, somit das - anderweitig nicht verwertbare - Uran nicht genutzt werden kann, bei der Stromerzeugung mehr fossile Brennstoffe als unbedingt erforderlich verfeuert werden - Energieträger also, die in anderen Verbrauchsbereichen nahezu unersetzbar sind oder die als wertvolle Rohstoffe für eine Vielzahl hochwertiger Produkte dienen könnten.

Erteilung in Angriff genommen werden können. Dies wäre ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Falle einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 1 VwGO) nicht möglich. Dadurch würde sich auch die noch zu genehmigende Betriebsaufnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke weiter verzögern. Aus folgenden Gründen wäre dies sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der Antragsteller RWE AG und BAG nicht vertretbar:

1.1 Das Öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist darin begründet, daß

1.1.1 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II und die dadurch bewirkte Vergrößerung des Anteils der Kernenergie an der Energiebedarfsdeckung sowohl die Sicherheit der Energieversorgung im allgemeinen als auch der Stromversorgung im besonderen erhöht wird,

1.1.2 jede Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II zu beträchtlichen Mehrkosten führt, die eine gesamtwirtschaftlich nachteilige Erhöhung der Strompreise in den Versorgungsbereichen der antragstellenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach sich ziehen müßten und

1.1.3 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II die Umweltbelastungen bei der Stromerzeugung verringert werden.

Die Gründe 1.1.1 und 1.1.2 sind in den Begründungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung der vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheide (TGB), insbesondere des 5. TGB, bereits ausführlich dargelegt worden; die dortigen Ausführungen gelten im wesentlichen auch heute. Aus



heutiger Sicht sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

#### Zu 1.1.1

Eine ausgewogene Struktur bei der Energieversorgung ist seit Jahren eines der wichtigsten gemeinsamen energiepolitischen Ziele aller von Energieimporten abhängigen Industrieländer. Um die derzeit noch zu hohe Abhängigkeit vom Erdöl weiter zu vermindern - trotz aller Einspar- und Substitutionsbemühungen betrug der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland 1981 rd. 45 % und in Bayern knapp 60 % -, kommen insbesondere Kernenergie, Kohle und Erdgas in Betracht. Die Bundesregierung hat in der Dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms vom 4.11.1981 deutlich darauf hingewiesen, daß verstärkte Beiträge von Kohle, Kernenergie und Erdgas zur Erhöhung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind (Tz. 30 - 32). Bis Mitte der 90er Jahre sollen Kohle, Öl und übrige Energieträger (Erdgas, regenerative Energiequellen und Kernenergie) zu jeweils rund einem Drittel zur Energiebedarfsdeckung beitragen (Tz. 20). Zur Erreichung dieses Ziels bezeichnet es die Bundesregierung u.a. als erforderlich, daß die Kernenergie einen weiter steigenden Beitrag zur Stromerzeugung in der Grundlast leistet (Tz. 79). Ein größerer Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung setzt insbesondere die zügige Fertigstellung im Bau befindlicher Kernkraftwerke, darunter auch des KRB II, voraus.

Darüber hinaus müssen jeden Tag, an dem das KRB II nicht in Betrieb ist, somit das - anderweitig nicht verwertbare - Uran nicht genutzt werden kann, bei der Stromerzeugung mehr fossile Brennstoffe als unbedingt erforderlich verfeuert werden - Energieträger also, die in anderen Verbrauchsbereichen nahezu unersetzbar sind oder die als wertvolle Rohstoffe für eine Vielzahl hochwertiger Produkte dienen könnten.

Da diese fossilen Energieträger insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur begrenzt verfügbar sind und mit Mineralöl und Erdgas gerade diejenigen in besonders starkem Maße eingesetzt werden müssen, deren Reserven den geringsten Umfang besitzen, gebietet es die Verantwortung für spätere Generationen, die an diesen Energieträgern ebenfalls partizipieren müssen, diese fossilen Energieträger durch den Einsatz anderer Energieträger so weit wie möglich zu schonen.

Das öffentliche Interesse, die Sicherheit der Energieversorgung möglichst rasch zu erhöhen sowie auch die langfristige Versorgung mit heute bereits begrenzt erscheinenden Energieträgern nach Kräften zu sichern, gebietet, die Möglichkeiten der Kernenergie so schnell wie möglich zu nutzen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn u.a. auch das KRB II rasch fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.

Die friedliche Nutzung der Kernenergie trägt im besonderen Maß zur Erhöhung der Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung bei. Im Gegensatz zur Öl-, Gas- und Kohleverversorgung bleiben bei der Uranversorgung auch mittelfristige Lieferstörungen schon deshalb ohne Folgen, weil Kernkraftwerke ein lange reichendes Brennstoffinventar besitzen und ohne kontinuierliche Brennstoffbelieferung über Jahre hin weiterbetrieben werden können. Außerdem sind zusätzliche Uranvorräte vorhanden bzw. wesentlich kostengünstiger anzulegen als entsprechende Vorräte bei anderen Energieträgern. Das öffentliche Interesse an einer möglichst gesicherten Stromversorgung gebietet daher, das KRB II so bald als möglich in Betrieb zu nehmen.

#### Zu 1.1.2

Im öffentlichen Interesse muß die Elektrizitätsversorgung eines Landes nicht nur möglichst sicher, sondern auch möglichst preisgünstig sein. Dies gilt insbesondere für exportorientierte Industrieländer wie die Bundesrepublik



Deutschland. Zwar beeinflussen die Strompreise die Produktionskosten einzelner Wirtschaftszweige in sehr unterschiedlicher Weise; vergleichsweise höhere Strompreise führen aber insgesamt zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Strompreise gewinnen insbesondere dann an Bedeutung, wenn die übrigen Produktionskosten international über dem Durchschnitt liegen, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen der Fall ist.

In der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland muß erfahrungsgemäß etwa die Hälfte der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung im sog. Grundlastbereich, d.h. zwischen 5000 und 7000 Betriebsstunden pro Jahr eingesetzt werden. Nachgewiesenermaßen erzeugen Laufwasser-, Braunkohle- und Kernkraftwerke den Strom in diesem Bereich am kostengünstigsten. Da der Anteil dieser Kraftwerke derzeit jedoch deutlich unter 50 % der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung liegt, müssen im Grundlastbereich heute weniger kostengünstig arbeitende Kraftwerke eingesetzt werden. Nach Untersuchungen, die führende energiewirtschaftliche Institute im Rahmen der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung durchgeführt haben, läßt sich eine kostenoptimale Stromerzeugungsstruktur nur dann erreichen, wenn der Anteil der Kernenergie über die derzeit in Betrieb befindlichen Anlagen hinaus erheblich vergrößert wird. Die Bundesregierung stellt in der Dritten Fortschreibung dazu ausdrücklich fest, daß "ein größerer Anteil von kostengünstigerem Strom aus Kernkraftwerken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken würde" (Tz. 14). Die auch von der Bayerischen Staatsregierung für dringend erforderlich gehaltene Umstrukturierung des Kraftwerks-parks kann aber nur dann rasch durchgeführt werden, wenn die in Bau befindlichen Kernkraftwerke, also auch das KRB II, ungehindert fertiggestellt und in Betrieb genommen werden können.

Dies ist im Hinblick auf eine möglichst preisgünstige Stromversorgung umso dringender, je mehr sich in Bau befindliche Kernkraftwerke ihrer Fertigstellung nähern. Die Struktur der Stromerzeugungskosten bei Kernkraftwerken unterscheidet sich nämlich erheblich von der konventioneller Wärmekraftwerke, die im Grundlastbereich arbeiten. Während bei Kernkraftwerken rd. 3/4 der Stromerzeugungskosten feste Kosten, z.B. für Kapitaleinsatz, Versicherungen, Personal sind, d.h. nur rd. 1/4 der Kosten auf variable Kosten entfallen, ist das Verhältnis von festen Kosten zu beweglichen Kosten bei der insgesamt teureren konventionellen Stromerzeugung mit etwa 1/4 zu 3/4 genau umgekehrt. Dies bedeutet, daß der Stromverbraucher bei einem fast fertiggestellten Kernkraftwerk wie KRB II bereits nahezu die gesamten Fixkosten zu tragen hat, die Vorteile der niedrigeren Betriebskosten des Kernkraftwerks aber nicht nutzen kann. Würde die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks über den technisch frühestmöglichen Zeitpunkt beispielsweise infolge der aufschiebenden Wirkung einer gegen diesen Bescheid erhobenen Klage hinaus verzögert, so müßte der bei unverzüglicher Inbetriebnahme an sich zu niedrigen Betriebskosten erzeugbare Kernenergiestrom durch Strom aus Steinkohle-, Erdgas- und Ölkraftwerken ersetzt werden. Dies würde bei einer mit KRB II jährlich möglichen Stromerzeugung von rd. 16 Mrd. Kilowattstunden zu Strombeschaffungsmehrkosten von rd. 1,2 Mrd. DM pro Jahr führen. Hinzu kämen bauzeitbedingte Verzögerungskosten (z.B. durch Preisgleitung, Zinsleistungen, Konservierungsmaßnahmen, Vorhaltung von Baustellenpersonal etc.) in Höhe von rd. 900 Mio DM pro Jahr. Jährliche Mehrkosten von über 2 Mrd. DM würden dem öffentlichen Interesse an einer möglichst kostengünstigen Stromversorgung zuwiderlaufen. Um sie sicher zu vermeiden, ist die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit dieses TGB notwendig.



1.1.3

Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des KRB II würden dazu führen, daß der vom KRB II erzeugbare Strom für die Dauer der Verzögerungen ersatzweise aus fossil befeuerten Stromerzeugungsanlagen bereitgestellt werden müßte, deren Betrieb die Umwelt mehr belastet als der Betrieb eines Kernkraftwerkes. Selbst bei Einsatz modernster Abgasreinigungsanlagen geben fossil befeuerte Stromerzeugungsanlagen erhebliche Mengen an Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Kohlenwasserstoffen, Stickstoffoxiden, Staub, Ruß und anderen Schadstoffen ab. Die Wirkungen dieser Schadstoffe sind komplex. Die Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser können Schädigungen bei Mensch, Tier und Pflanzen auslösen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die beobachteten Schäden an Bäumen hingewiesen. Demgegenüber entstehen durch den Betrieb von Kernkraftwerken keine Emissionen, die nachteilige Auswirkungen auf die Umgebung haben könnten. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Betriebszeit fossil befeuerter Wärmekraftwerke durch den Einsatz von Kernkraftwerken, darunter auch KRB II, möglichst rasch zu verringern (siehe auch Ministerratsbeschluß vom 29.6.1982, Bulletin der Bayerischen Staatsregierung vom 6.7.1982 Nr. 14/82, Seite 3). Es ist davon auszugehen, daß allein durch die Inbetriebnahme der beiden Blöcke des KRB II die Schwefeldioxid-Emissionen aus Kraftwerken in Bayern wesentlich sinken werden.

Die Abgabe radioaktiver Stoffe durch ein Kernkraftwerk ist dagegen aufgrund der strengen Vorschriften des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung auf so niedrige Werte begrenzt, daß die davon herrührende Strahlenexposition auch in der unmittelbaren Umgebung der Anlage weniger als 1/100 der natürlichen Strahlenbelastung beträgt.

1.2 Neben den oben angesprochenen öffentlichen Belangen ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung auch wegen überwiegender Interessen der Antragsteller geboten. Wenngleich die beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen bestrebt sein werden, die durch eine verzögerte Inbetriebnahme des KRB II entstehenden Mehrkosten auf Dauer auf ihre Strompreise umzulegen und diese Mehrkosten letzten Endes - wie oben ausgeführt - vom Verbraucher zu tragen wären, ist diese Möglichkeit zum Teil aus Gründen des Wettbewerbs sowie im übrigen nach Zeitpunkt und Umfang zivil-, kartell- und preisrechtlich begrenzt. Insoweit würde eine Verzögerung der Fertigstellung des KRB II nicht ohne schwerwiegende Auswirkungen auch auf die Ertragslage der beteiligten Unternehmen bleiben.

2. Das öffentliche und private Interesse an einer sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheids war gegen die Interessen Dritter, von einer sofortigen Vollziehung verschont zu bleiben, nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO abzuwägen. Insbesondere deshalb, weil die Durchführung der mit diesem Bescheid genehmigten Maßnahmen nicht mit einer Beeinträchtigung Dritter verbunden ist, wurde dem öffentlichen Interesse sowie dem Interesse der Antragsteller durch Anordnung des Sofortvollzugs der Vorrang vor möglicherweise entgegenstehenden Interessen Dritter an der aufschiebenden Wirkung der Klage eingeräumt.



Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg, Kornhausgasse 4, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I. A. 

Ministerialdirigent